

Deutscher Gewerkschaftsbund



REDE

Elke Hannack

stellvertretende DGB-Vorsitzende

1. Mai 2015

Gelsenkirchen

Es gilt das gesprochene Wort!

DGB-Bundesvorstand Abteilung für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30 24060-211 Fax: +49 30 24060-324

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist schön, heute hier in Gelsenkirchen zu sein, mitten im Ruhrgebiet. Ein Ort, der durch seinen Bergbau immer mit Tradition für uns Gewerkschaften verbunden war. Ich freue mich ganz besonders, den 1. Mai 2015 gemeinsam mit euch zu feiern. Heute jährt sich „unser Tag“ zum 125. Mal.

Damals, im Mai 1890, feierten Millionen arbeitender Menschen zum ersten Mal den "Weltfeiertag der Arbeit". Im Mittelpunkt stand die Forderung, »den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen«. Heute können wir als Gewerkschaften stolz auf viele Erfolge zurückblicken. Gute Bezahlung und gute Tarifverträge, Jahresurlaub, Mutterschutz, der Acht-Stunden-Tag, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich (...).

Wir haben uns als Gewerkschaften immer unseren Anspruch bewahrt, die Arbeits- und Lebensbedingungen mitzugestalten. Mit diesem Anspruch wollen wir uns auch weiter einmischen. „Die Zukunft der Arbeit gestalten wir!“ – das ist unser Mai-Motto 2015.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2015 fing gut an. Die große Koalition hat viel Gutes für uns Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den Weg gebracht. Nach all den Jahren harter, neoliberaler Wirtschaftspolitik also endlich ein Lichtblick. Und, Kolleginnen und Kollegen, darauf können wir stolz sein: Ohne uns Gewerkschaften und unseren politischen Druck hätte sich manches nicht verändert!

Wir haben jetzt den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland! Und das ist unser Erfolg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben 10 lange Jahre für diesen Erfolg gekämpft! Und den lassen wir uns jetzt auch nicht mehr nehmen! 4 Millionen Menschen profitieren davon, sie können jetzt nicht mehr mit 3, 4 oder 5 Euro Stundenlohn von den Arbeitgebern abgespeist werden, die Zeiten von Lohndumping und Unterbietungswettbewerb sind vorbei, Kolleginnen und Kollegen, und das ist gut so. Nach 100 Tagen Mindestlohn ist eines klar: Kein Arbeitsplatz ist verloren gegangen.

Noch nie waren so viele Menschen in Beschäftigung wie heute! Aber wer meint, die Arbeitgeber würden jetzt endlich Ruhe geben, der hat sich getäuscht. Mit allen Tricks versuchen sie, den Mindestlohn zu unterlaufen. Und jetzt beklagen sie sich bei der Politik, weil die Dokumentationspflichten so ein großes Bürokratiemonster seien! Nur: das ist überhaupt nichts Neues! Arbeitszeiterfassung war schon immer zentrale Grundlage für jede Lohnabrechnung.

Offensichtlich haben viele Arbeitgeber bis jetzt das geltende Recht schlicht ignoriert. Aber statt sich jetzt zu schämen und sich in Zukunft an die Regeln zu halten, machen sie ausgerechnet die Dokumentationspflicht von Arbeitszeiten zum Kernthema ihrer Kampagne. Das liebe Kolleginnen und Kollegen, ist an Unverfrorenheit wirklich nicht mehr zu überbieten!!! Aber nicht mit uns!

Wir fordern zum 1. Mai: Hände weg von der Dokumentationspflicht! Wenn wir das erst anfangen, können wir das Gesetz direkt in die Tonne kloppen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir müssen uns weiter für den Mindestlohn stark machen! Wir lassen uns den Mindestlohn nicht kaputt machen! Deshalb fordern wir zum 1. Mai:

- stärkere Kontrollen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mit mehr Personal
- ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften
- von der Politik, dass sie die Umgehungsversuche und Trickereien der Arbeitgeber erkennt und für eine lückenlose Umsetzung des Mindestlohnes sorgt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen aber mehr als nur den Mindestlohn, wir wollen endlich den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen beenden. Prekäre Beschäftigung, zu denen Leiharbeit und Werkverträge eindeutig gehören, aber auch Minijobs und Arbeit im Niedriglohnsektor müssen bekämpft werden. 7 Millionen Menschen arbeiten in Minijobs – es sind, überwiegend Frauen. Arm trotz Arbeit und arm in der Rente – das bedeuten Minijobs am Ende. Sie sind ein Sündenfall der Politik und deshalb gehören sie abgeschafft. 850.000 Menschen arbeiten in der Leiharbeit. Hier gilt nach wie vor unsere Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab der ersten Stunde, das ist nur fair, Kolleginnen und Kollegen.

Und wir bleiben dran bei der Begrenzung von Werkverträgen.

Gute Arbeit ist für uns unbefristete Arbeit, ist sozialversicherungspflichtig und fair entlohnte Arbeit. Dafür kämpfen wir, wenn wir die Arbeit der Zukunft gestalten wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Lasst mich etwas zur Rente sagen: mit dem neuen Rentenpaket haben wir für knapp zehn Millionen Versicherte viel erreicht. Die „Rente mit 63“ ist in aller Munde. Sie ist ein wichtiger Schritt für alle Kolleginnen und Kollegen, die jahrzehntelang in die Rentenkasse eingezahlt haben und nun ohne Abschläge mit 63 in den Ruhestand gehen können. Aber nicht alle werden das können. Und die Rente mit 67 Jahren bleibt beschlossen. Und weil wir wissen, dass viele Kolleginnen und Kollegen es nicht schaffen, selbst bis 65 gesund im Erwerbsleben zu bleiben, lehnen wir die Rente mit 67 nach wie vor ab. Sie ist und bleibt für die allermeisten ein Rentenverkürzungsprogramm!!! Wenn wir jetzt nicht umsteuern, droht in Zukunft für Millionen von Rentnerinnen und Rentnern Altersarmut!

Weder flexible Rentenübergänge noch das neue Rentenpaket oder „Riestern“ schützen vor Altersarmut. Fakt ist: Wenn es so weitergeht, sind wir im Jahre 2013 bei 43 % Rentenniveau angekommen! 43%!

Das muss man sich mal vorstellen, Kolleginnen und Kollegen. Es muss nicht lange gerechnet werden, um zu erkennen, dass 43 % für die meisten zu wenig sind. Wenn wir nicht jetzt die Reißleine ziehen, wird Altersarmut DAS echte gesellschaftliche Problem der Zukunft. Wir kämpfen doch nicht für gute Löhne, um dann später im Alter arm zu sein.

Das hat nichts mehr mit Würde zu tun. Und deshalb fordern wir heute am 1. Mai von der Politik:

- Stabilisiert endlich das Rentenniveau und lasst die unsinnigen Beitragssenkungen!
- Baut eine generationengerechte Demografiereserve auf!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Mai-Motto steht für einen Wandel in der Arbeitswelt, den wir für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestalten wollen. Ihr hier in Gelsenkirchen seid die stolze Bergbauregion Ruhr, eure Region war immer vom Bergbau geprägt. Aber der harte „Strukturwandel“ Wandel von den traditionellen Industrien hin zu neuen Branchen und Märkten hat seinen Tribut gefordert. Gelsenkirchen hat mit 13,3 % neben Herne und Duisburg die höchste Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, ist unsere dringende Aufgabe, für eine Energiewende mit guten und vor allem sicheren Arbeitsplätzen zu werben.

Die Energiewende ist so wichtig wie kaum ein anderes Wirtschaftsprojekt für diese Region. Es Sie ist die Brücke zwischen traditionellen und neuen Industrien. Die brauchen wir, um Arbeitsplätze zu erhalten, bevor es neue – und vor allem gute – Arbeitsplätze gibt! Wir können nicht einfach „das Alte“ schon abreißen, wenn „das Neue“ noch nicht aufgebaut ist. Deshalb hat es der neue Vorstoß der Regierung in sich! Um das Klimaziel bis 2020 zu erreichen, hat Minister Sigmar Gabriel einen „Klimabeitrag“ vorgeschlagen. Hauptadressaten sind ältere Kraftwerke, die dann eine höhere Abgabe zahlen müssen. Höhere Abgaben heißt weniger Gewinn für die Unternehmen, Kosten sparen und letztlich kommt es zu Personalabbau oder Schließung!

Und wieder stehen viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Bei diesem Vorschlag sind die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer völlig ins Hintertreffen geraten. Dagegen machen wir mobil. Wir dürfen es uns nicht nehmen lassen, für eine ökonomisch sinnvolle und sozial gerechte Energiewende zu kämpfen. Energiewende – das heißt Umwelt- und Klimaschutz, bezahlbarer Strom für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das heißt gute Arbeitsbedingungen für „green Jobs“ in den sogenannten erneuerbaren Energien. Aber das heißt auch:

Es darf kein Déjà-vu-Erlebnis geben, wenn es um einen Wandel für die traditionellen Industrien der Kohle, Kohlekraftwerke und der energieintensiven Unternehmen geht! Gute Industriepolitik für eine gelungene Energiewende sieht für uns so aus:

- Bezahlbarer Strom für Verbraucherinnen und Verbraucher
- Sichere Arbeitsplätze in den traditionellen Industrien
- Eine zukunftsorientierte Energiewende
- Gute Arbeitsplätze in den Bereichen der erneuerbaren Energien!

Und dafür werden wir als Gewerkschaften streiten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Arbeit der Zukunft“ bedeutet Wandel und zwar in allen Branchen. Die Arbeitswelt ändert sich mit hohem Tempo. Die Arbeit der Zukunft wird für viele Berufe eine höhere und andere Qualifikation bedeuten. Bildung wird eine zentrale Rolle spielen. Und zwar für die, die heute schon im Beruf stehen, aber auch für die Jugendlichen, die eine Ausbildung suchen.

Deshalb müssen wir nicht nur die Arbeitgeber an Bord holen, wenn es um gute Bildung und Weiterbildung in den Betrieben geht. Wir müssen vor allem in gute Ausbildung investieren, um junge Menschen als gute Fachkräfte für den Arbeitsmarkt „Zukunft“ auszubilden. Da müssen wir die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Und zwar für alle Jugendlichen! Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss haben fast keine Chance auf dem Ausbildungsmarkt.

Zwei von drei Ausbildungsplätzen schließen Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss von vornherein aus. Gerade die Gastronomie und Hotellerie, die oft über unbesetzte Lehrstellen klagend, verzichten auf sie. Im gewerblich-technischen Bereich oder im Büro- und Bankbereich sind die Chancen für Hauptschüler gleich null. Die Arbeitgeber betreiben immer noch eine Bestenauslese. Wir müssen weg von diesen verschobenen Maßstäben, in denen das Abitur die Leitwährung ist!

Es muss endlich Schluss sein mit dem frustrierenden Ringen unter Hoch- und Höchstqualifizierten bei der Ausbildungsplatzsuche! Es muss doch auch für einen jungen Menschen mit Hauptschulabschluss möglich sein, einen Beruf als Restaurantfachmann oder Mechatronikerin zu ergreifen. Hier sind die Arbeitgeber – verdammt noch mal – in der Pflicht, jedem jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen!!! Die Wirtschaft muss ihre Anstrengungen in der Ausbildung massiv steigern. Nur noch 20,7 % aller Betriebe in Deutschland bilden junge Menschen aus. Das reicht nicht. Hier muss die Wirtschaft ihrer Aufgabe nachkommen, den eigenen Fachkräftebedarf über Ausbildung zu decken. Wir dürfen keinen jungen Menschen zurücklassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Arbeit der Zukunft ist gute Arbeit und gute Arbeit gestalten wir Gewerkschaften! Wir sorgen mit unseren Tarifverträgen für gute Arbeitsbedingungen und für faire Löhne! Auch in diesem Jahr können sich die Tarifabschlüsse der Gewerkschaften wirklich sehen lassen. Dafür noch einem Herzlichen Glückwunsch! Aber ich will wenigstens 2 Sätze zu Tarifaufinandersetzungen sagen, die aktuell laufen. In der Gebäudereinigung haben die Kolleginnen und Kollegen dem Turboputzen den Kampf angesagt. Sie wollen Schluss machen mit der ständigen Hetze und Leistungsverdichtung. Ihr habt unsere ganze Solidarität und Unterstützung. Viel Erfolg für euren Kampf! Und: die Erzieherinnen und Erzieher befinden sich in der Urabstimmung und werden voraussichtlich ab nächster Woche in den unbefristeten Streik gehen.

Die sozialen Dienste, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden in diesem Land gnadenlos unterbezahlt. Unsere Kinder sollten uns mehr wert sein – und erst recht die Erzieherinnen und Erzieher, die mit hoher Qualität und großem Engagement tagtäglich diese Arbeit mit unseren Kindern verrichten. Es geht in diesem Streik nicht nur um etwas mehr Geld, es geht um die Aufwertung der Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen in dieser Branche! Ihr habt unsere volle Unterstützung in diesem Kampf!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt noch viele Baustellen, wenn es um die Arbeit der Zukunft geht. Es ist und bleibt eine Schande: Frauen verdienen in Deutschland im Durchschnitt 22% weniger als Männer. Damit sind wir seit Jahren die roten Laternenträger in Europa! In keinem anderen Land ist die Entgeltlücke größer! Deshalb ist ein Entgeltgleichheitsgesetz bitter nötig, wo, wie es die DGB-Frauen seit Urzeiten fordern.

Aber: wir wollen ein Entgeltgleichheitsgesetz, das für echte Lohngleichheit sorgt. Wir brauchen Transparenz, aber wir brauchen auch mehr! Nur „aufzeigen“ wo überall Lohnungleichheiten sind, wird nicht helfen.

- Wir wollen, dass alle Unternehmen verpflichtet werden, zu handeln, wenn Lohnungleichheit besteht!
- Wir wollen, dass alle Frauen etwas davon haben und nicht nur einige wenige!

Deshalb setzen wir uns für Gleichen Lohn für gleiche Arbeit auch zwischen Männern und Frauen ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

aus Europa haben uns vor rund zwei Wochen unfassbar erschütternde Nachrichten erreicht. Im Mittelmeer sind wieder viele Flüchtlinge auf grausame Weise ums Leben gekommen. Nach so einer Katastrophe können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen! Die Flüchtlingspolitik der EU ist seit Jahren rückschrittlich. Dort geht es und ging es nie um die Frage, wie wir mehr Flüchtlinge aufnehmen können. Es ging immer um die Frage, wie wir uns am besten abschotten und unsere europäischen Grenzen sichern. Millionen von Menschen riskieren deshalb ihr Leben.

Sie suchen auf seeuntüchtigen Booten das Heil in Europa. Sie wollen aber nicht einfach besser leben. Sie wollen überleben. Und das, Kolleginnen und Kollegen, ist etwas völlig anderes. Wenn wir so weiter machen, dann versinkt die europäische Idee im Mittelmeer! Wir brauchen endlich eine neue Flüchtlingspolitik, die nicht mehr auf Abschottung ausgerichtet ist.

Wir wollen ein Europa, das Menschen aufnimmt, statt sie in Kriegs- und Krisengebieten ihrem Schicksal zu überlassen. oder in die Hände von Schleppern treibt. Wir brauchen eine neue, europäische und nationale Asylpolitik mit beschleunigten Verfahren, die Menschen möglichst schnell hilft und sie nicht jahrelang im Ungewissen lässt. Wir Gewerkschaften stehen für einen Aufbruch und einen Neuanfang in der Flüchtlingspolitik!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

an diesem 1. Mai stehen wir gemeinsam für Arbeitnehmerrechte und gegen Intoleranz und Unternehmerwillkür Seite an Seite. Wir stehen aber auch solidarisch mit den Flüchtlingen, die bei uns in Deutschland Schutz suchen. Wir bekennen uns zu einer weltoffenen und demokratischen Gesellschaft.

Aber jetzt lasst uns gemeinsam feiern. 125 Jahre 1. Mai sind ein guter Grund zum feiern.

Der 1. Mai ist unser Tag. Die Zukunft der Arbeit gestalten wir.

Ein herzliches Glückauf!